



GStB

Gemeinde- und Städtebund
Rheinland-Pfalz

ERWARTUNGEN AN DIE ZUKÜNFTIGE LANDESPOLITIK

Gemeinde- und Städtebund Rheinland-Pfalz





ERWARTUNGEN AN DIE ZUKÜNFTIGE LANDESPOLITIK

Gemeinde- und Städtebund Rheinland-Pfalz

ZUKÜNFTIGE LANDESPOLITIK

KLIMA SCHÜTZEN KLIMAAANPASSUNG VORANTREIBEN

- Alternative Energien: mehr Verantwortung und Entscheidungskompetenzen für die Kommunen
- Rechts- und Planungssicherheit deutlich verbessern
- Regionale Wertschöpfung sicherstellen, Kommunen beteiligen
- Integrale Förderprogramme mit zentraler Anlaufstelle statt Projektitis
- Gewässerentwicklung – Flächenverfügbarkeit steigern
- Hochwasserschutz ausbauen, Informations- und Beratungszentrum Hochwasservorsorge stützen
- Mehr Grün in den Gemeinden und Städten fördern

ZUKÜNFTIGE LANDESPOLITIK

KOMMUNALWÄLDER STÄRKEN

- Klimaschutzleistungen des Waldes honorieren.
- Landesanteil an Revierdienstkosten erhöhen (50%!).
- Gemeinschaftsforstorganisation erhalten.
- Interkommunale Zusammenarbeit fördern.
- Waldbesitz bei Verkehrssicherungspflicht entlang öffentlicher Straßen entlasten.
- Landesjagdgesetz anpassen (*Wald vor Jägerinteressen*).
- Bauen mit Holz stärken.

ZUKÜNFTIGE LANDESPOLITIK

KOMMUNALE FINANZAUSSTATTUNG NACHHALTIG, DAUERHAFT, DEUTLICH VERBESSERN

- Kommunalen Finanzausgleich reformieren.
- Finanzvolumen vergrößern.
- Altschuldenproblematik lösen.
- Neuverschuldung verhindern.
- Konnexitätsprinzip „*Wer bestellt, bezahlt!*“ anwenden.
- Corona Rettungsschirm 2021 zur Kompensation von Gewerbe- und Einkommensteueranteilverlusten.

ZUKÜNFTIGE LANDESPOLITIK

INVESTITIONSOFFENSIVE EINLEITEN – VERFALL DER ÖFFENTLICHEN INFRASTRUKTUR STOPPEN

- Modernisierungsprogramm für marode Schulen, Wege, Plätze, Straßen, langsames Internet, Bäder auflegen.
- „*Förderdschungel*“ lichten, Programme zusammenführen, Bürokratie reduzieren.
- Eigenanteil von finanzschwachen Kommunen abschaffen.
- Verfahren, auch gerichtlichen Instanzenzug, vereinfachen/verkürzen.
- Vergaberecht vereinfachen, VOB/A und UvGO in Gleichklang bringen.



ZUKÜNFTIGE LANDESPOLITIK

DIGITALISIERUNG VORANTREIBEN – RECHTS- UND FÖRDERRAHMEN VERBESSERN

- Online-Zugangsgesetz nach dem Nutzerinteresse umsetzen:
 - medienbruchfrei umsetzen
 - finanzielle Unterstützung der Kommunen durch das Land für die Verwaltungsleistungen unabdingbar
 - verstärkte Personalausstattung ermöglichen
- Gesetze und Verordnungen auf Digitalisierungsverträglichkeit prüfen.
- Analoge Vorgaben abschaffen.
- Smarte Regionen schaffen.
- Keine digitale Spaltung durch bloße Förderung von Leuchtturmprojekten.

ZUKÜNFTIGE LANDESPOLITIK

GLEICHWERTIGE LEBENSVERHÄLTNISSSE LANDESWEIT SICHERN – SPREIZUNG ZWISCHEN REICHEN UND ARMEN KOMMUNEN REDUZIEREN

- Schnelles Internet und Mobilfunk „...bis zur letzten Milchkanne“.
- Ärztliche Versorgung in der Fläche.
- Mobilität – schnell, ökologisch, nutzerorientiert, digital.
- ÖPNV stärken, Vernetzung der Verkehrssysteme (Auto/Bus/Bahn/Fahrrad).
- Gleiche Bildungsmöglichkeiten für alle Kinder überall im Land.

ZUKÜNFTIGE LANDESPOLITIK

EHRENAMT BASIS DES GESELLSCHAFTLICHEN ZUSAMMENHALTS

- Gesellschaftliche und berufliche Anerkennung ausbauen, Hasskriminalität bekämpfen.
- Freistellungen erleichtern.
- Anreizsysteme für längerfristiges Engagement schaffen.
- Finanzierungsbeteiligung der Gemeinden ermöglichen (freiwillige Aufgabe).

ZUKÜNFTIGE LANDESPOLITIK

MIGRATION / INTEGRATION

- Überforderung der Kommunen vermeiden.
- Echte, gemeinsame, europäische Asylpolitik unterstützen.
- Integrationsdefizite benennen und reduzieren.
- Rückführungen durchsetzen.
- Akzeptanz für Migrationspolitik erhalten.
- Vollkostenerstattung für Unterkunft und Integration.

ZUKÜNFTIGE LANDESPOLITIK

ZUKUNFTSFRAGE KITAS UND SCHULEN BESSER ANGEHEN

- Gute Kita-Standards fortführen und auskömmlich finanzieren.
- Übergang von Kita zur Schule optimieren.
- Digitalpakt Schule vereinfachen
 - Fördermittel unbürokratisch verteilen
 - Professionelle Betreuung der Schulnetzwerke sichern
- Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung in der Schule
 - Personal + Finanzen sichern
- Schulstandorte erhalten.
- Personal: Ausbildungskapazitäten erhöhen.
- Förderprogramm für bessere bauliche Standards an Schulen.

ZUKÜNFTIGE LANDESPOLITIK

FEUERWEHREN ZUKUNFTSFEST GESTALTEN

- Technische, digitale Ausstattung verbessern.
- Neue Gefahrenentwicklungen (Waldbrände, Überschwemmungen, Dürre) beachten.
- Landesfeuerwehr- und Katastrophenschutzakademie: Aus- und Fortbildungstau beheben.
- Landesweite Nachwuchsgewinnung (Zielgruppe auch Frauen) aufsetzen.
- Einnahmen aus Feuerschutzsteuer ausschließlich für vorbeugenden und abwehrenden Brandschutz einsetzen.